

Carina Sprungk/Sabine von Oppeln

Bevölkerungsmeinung und Elitendiskurs

Die deutsche und die französische Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages durch die französische und niederländische Bevölkerung hat Europa erschüttert. Die Staats- und Regierungschefs haben auf dem Gipfeltreffen in Brüssel am 16. und 17. Juni 2005 den Europäern eine Denkpause verordnet und eine breite europapolitische Debatte angekündigt. Auffallend ist, dass die massive Kritik an der europäischen Politik und die folgende Propagierung einer großen Debatte kein neues Phänomen sind. Bereits mit den Referenden zum Maastrichter Vertrag wurde die kritische Haltung breiter Teile der Bevölkerungen deutlich. Deshalb sollte der Verfassungsgebungsprozess nicht nur der Bearbeitung der so genannten *left-overs* der Regierungskonferenzen von Amsterdam und Nizza dienen, sondern darüber hinaus in eine breite Europadebatte münden. Im Kern ging es dabei jedoch nicht um eine offene Grundsatzdebatte über die Finalität sowie über die politischen Ziele und Strategien, sondern vielmehr um die Förderung der Akzeptanz für das dominante Modell europäischer Politik. Im Mittelpunkt dieses Prozesses stand das Konventionsverfahren, das als Modell deliberativer Demokratie die Einbeziehung der Zivilgesellschaft versprach. Letztlich wurde der Konvent jedoch von den Regierungen dominiert, wozu insbesondere die deutsche und französische Regierung beigetragen haben. Somit ist es kein Zufall, dass der Verfassungsvertrag nicht in jedem Fall reibungslos ratifiziert wurde und die Kritik der Bevölkerung an der europäischen Politik erneut und in zugespitzter Form aufgebrochen ist. Die Debatte über die Ratifizierung des Verfassungsvertrages wurde zum Ventil für eine über Jahre aufgestaute und immer wieder versprochene Grundsatzdiskussion.

Dies gilt nicht nur für Länder, die wie Frankreich und die Niederlande ein Referendum durchgeführt haben, sondern auch für jene, in denen dem Verfassungsvertrag – wie in Deutschland – auf parlamentarischem Weg vermeintlich

* Carina Sprungk, Dipl.-Pol., geb. 1977, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle Europäische Integration des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin. E-Mail: sprungk@zedat.fu-berlin.de

** Dr. Sabine v. Oppeln, geb. 1950, Akademische Rätin an der Arbeitsstelle Europäische Integration des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin. E-Mail: oppeln@zedat.fu-berlin.de.

reibungslos zugestimmt wurde. So hat sich in Deutschland rund um das französische Verfassungsreferendum die Zahl der Gegner nahezu verdreifacht.¹ Bemerkenswert ist dabei, dass die Zahl der Gegner mit der zunehmenden Kenntnis der Verfassung angestiegen ist.² Dies zeigt, dass die europapolitische Auseinandersetzung in Frankreich offen ausgetragen wurde, während sie in Deutschland durch den traditionellen europapolitischen Konsens der Parteien unterdrückt worden ist. Interessant ist überdies, dass zu Beginn der Auseinandersetzungen in den Bevölkerungen beiderseits des Rheines die Gegner in der Minderheit waren.³ Umso wichtiger ist es, den Verlauf der Verfassungsdebatte in beiden Ländern in den Blick zu nehmen. Dabei zeigt sich, dass diese Debatte ein Kristallisationspunkt für eine generelle, über den eigentlichen Text der Verfassung weit hinausreichende Auseinandersetzung über die Zielsetzungen und Strategien europäischer Politik war. Im Mittelpunkt standen weniger die konkreten Bestimmungen des Verfassungsvertrages als vielmehr die Frage: Welches Europa wollen wir? Vier Themenkreise sind es, die in unterschiedlicher Form in die Argumentationen für oder gegen die Verfassung einfließen: Es geht um die demokratische Legitimität *und* die soziale Dimension europäischer Politik in den Binnenstrukturen der Union *und* um wichtige Aspekte der Grenzen der Union *und* die Rolle der EU als internationaler Akteur im Außenverhältnis.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel dieses Beitrages, die Europabilder zu analysieren, die sich in der französischen und deutschen Debatte herauskristallisiert haben. Zu unterscheiden ist dabei zwischen den Einstellungen der Bevölkerungen und dem Diskurs der politischen Eliten, woraus auch Rückschlüsse auf die Responsivität der Eliten im europapolitischen Dialog mit der Bevölkerung gezogen werden können.

Die Binnenperspektive

Bezüglich der demokratischen Legitimation europäischer Politik ging es um die Frage, welchen Beitrag der Verfassungsvertrag zu einer stärkeren demokratischen Legitimation europäischer Politik leistet. Im Mittelpunkt des Interesses

¹ Vgl. Umfragen von Infratest-Dimap, wonach die Zahl der Gegner von 15% in der Zeit vom 4. bis 6. Mai 2005 über 32% zwischen dem 25./29. Mai 2005 auf 44% am 14. und 15. Juni 2005 gestiegen ist.

² Vgl. Infratest-Dimap, wonach zwischen dem 4./6. Mai 2005 und dem 25./29. Mai 2005 die Zahl derer, die sich aufgrund fehlender Informationen nicht positionieren können, von 26% auf 16% gesunken ist, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Gegner um 17% gestiegen ist.

³ Vgl. Eurobarometer Special Survey 62.1, „The future Constitutional Treaty, January 2005“, pdf, S. 15. Gemäß dieser Umfrage sprachen sich im November 2004 54% der Deutschen, 48% der Franzosen und 49% der Europäer insgesamt für den Verfassungsvertrag aus. Die Zahl der Gegner betrug in Deutschland und Frankreich 17%.

standen die Beteiligungsrechte der Bevölkerung bzw. der Parlamente. Beiderseits des Rheines lobten die Regierungskoalitionen den Verfassungsvertrag als Garant eines „demokratischeren“ Europa. Hervorgehoben wurden dabei die im Verfassungsvertrag vorgesehene Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente, die Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments, die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Möglichkeit des Bürgerbegehrens.⁴ Auf deutscher Seite hat darüber hinaus – abgesehen von der PDS – auch die parlamentarische Opposition die positiven Folgen des Verfassungsvertrages für die demokratische Legitimation europäischer Politik betont.⁵ Insgesamt wurden in beiden Ländern auch von sonst kritischen Stimmen die dem Vertrag innewohnenden Demokratisierungstendenzen europäischer Politik begrüßt.⁶

Wichtige Unterschiede zeigten sich dagegen in der Argumentation der Gegner des Verfassungsvertrages. Während auf französischer Seite die demokratische Legitimation in der Kritik am Verfassungsvertrag eine untergeordnete Rolle spielte, stand in Deutschland eindeutig das mangelnde demokratische Element im Zentrum der Kritik. Dies geht mit der Klage der Mehrheit der deutschen Bevölkerung über die mangelnde Legitimität europäischer Politik einher.⁷ Dem gegenüber zeigte die französische Bevölkerung sich mehrheitlich mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU zufrieden.⁸ Dreh- und Angelpunkt des deutschen Elitendiskurses war die vermeintliche Aushöhlung der Kompetenzen des Bundestages sowie der Landesparlamente. Abgesehen davon, dass sich in dieser Kritik die Spezifika des föderalen Systems der Bundesrepublik und des partizipatorischen Demokratiemodells widerspiegeln, zeichnet sich hier eine Tendenz zur Re-Nationalisierung ab. Diese ist eng mit der Vorstellung verbunden, dass die demokratische Legitimation von Politik jenseits des Nationalstaates nicht zu gewährleisten ist. Insgesamt zeigt sich hier eine Kontinuität der bereits in der Maastricht-Debatte vertretenen Europabilder. Wie in der aktuellen Verfassungsdebatte wurde auch zu Beginn der 1990er Jahre eine Stärkung der Rechte des Bundestages und der Länderparlamente gefordert. Aufgrund von Zweifeln an der demokratischen Legitimation des Maastrichter Vertrages wurde das Bundesverfassungsgericht angerufen, welches mit seinem Urteil⁹ schon damals den Forderungen der Kritiker entsprochen hatte.

⁴ Vgl. die Debatte in der Assemblée Nationale vom 5. April 2005 und jene im Bundestag vom 12. Mai 2005.

⁵ Vgl. z.B. Interview mit Wolfgang Schäuble (CDU) in DeutschlandRadio Kultur vom 11. Mai 2005.

⁶ Vgl. z.B. Le Monde vom 14. Mai 2005.

⁷ Vgl. Forsa/Stern Nr. 24/2005, S. 27, wonach 83% die Meinung vertreten, dass in Brüssel zu viele Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen werden.

⁸ Vgl. Eurobarometer 62, National Report France, S. 41.

⁹ Vgl. BVerfGE 89,155.

Auf französischer Seite ist gegenüber der Auseinandersetzung um den Maastrichter Vertrag insofern eine Diskontinuität festzustellen, als die damals relevante Frage des „Demokratiedefizits“ der EU in der jetzigen Debatte um den Verfassungsvertrag so gut wie keine Rolle mehr gespielt hat. In der Diskussion um den Maastrichter Vertrag war es gerade die als unzureichend empfundene demokratische Legitimation, die zum Aufbrechen des bis dato „*permissive consensus*“ führte. Im Gegensatz dazu ist die Ablehnung des Verfassungsvertrages nicht mit einer generellen Kritik an der Mitgliedschaft in der EU verbunden. Der Ausgang des französischen Referendums ist nicht als ein Sieg der europafeindlichen Kräfte im rechtsextremen und souveränistischen Lager zu interpretieren. Nur 19,5% der „Nein-Sager“ haben sich diesem Lager zugeordnet, während sich 49% von ihnen mit den Parteien der parlamentarischen Linken und der Grünen identifizierten. Ebenso sprachen sich unmittelbar nach dem Referendum 72% der Franzosen für eine Fortsetzung der europäischen Integration aus.¹⁰ Die Tatsache, dass einerseits die Zahl der Gegner im Vergleich zum Referendum über den Maastrichter Vertrag noch angestiegen ist und andererseits die Relevanz des Demokratiethemas in der Debatte nachgelassen hat, zeigt, dass die schon zu Beginn der 1990er Jahre umstrittene Frage des sozialen Europa nun insbesondere in Frankreich in den Fokus der Kritik geraten ist.

Obwohl auch die deutsche Bevölkerung den sozioökonomischen Fragestellungen europäischer Politik oberste Priorität einräumt¹¹, spielte dieses Thema im Diskurs der deutschen Eliten nur eine untergeordnete Rolle. Die Kritik am unzureichenden sozialen Charakter des Verfassungsvertrages wurde fast ausschließlich von der PDS vertreten. Alle anderen deutschen Parteien befürworteten den Verfassungsvertrag als Garant eines sozialen Europa. Im Unterschied zu Frankreich stand nicht die Kritik des neoliberalen Charakters des Verfassungsvertrages zur Debatte, sondern seine Übereinstimmung mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

In Frankreich stellte die Frage des sozialen Europa den Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung dar. Eine Verschärfung erfuhr die Debatte durch den Streit über die „Bolkestein-Richtlinie“ zur Einführung der Dienstleistungsfreiheit auf dem europäischen Markt, die als direkte Bedrohung des französischen Modells der Daseinsvorsorge aufgefasst wurde. Für das Votum der französischen Bevölkerung war die soziale Dimension europäischer Politik entscheidend. Die Unzufriedenheit mit der aktuellen sozialen und ökonomischen Situation stand an erster und die Kritik am liberalen Charakter der Verfassung an

¹⁰ Vgl. Ipsos-Umfrage vom 29. Mai 2005.

¹¹ Vgl. Eurobarometer 62, National Report Deutschland, S. 15, wonach mehr als Hälfte der Deutschen (56%) mit der Europäischen Union ökonomische Instabilität verbindet, und S. 7, wonach 75% die hohe Arbeitslosigkeit für das wichtigste Problem halten.

zweiter Stelle der Motive der „Nein-Sager“.¹² Überdies hat eine breite Mehrheit der aktiv Beschäftigten den Verfassungsvertrag abgelehnt, wobei auch die Mittelklasse stärker als 1992 in die Front der „Nein-Sager“ einbezogen war. Zudem haben vorwiegend Beschäftigte mit niedrigem Einkommen gegen das Projekt der europäischen Verfassung gestimmt.¹³ Allein Rentner und Studierende haben sich mehrheitlich für den Vertrag ausgesprochen.¹⁴

Im Diskurs der Eliten haben sich sowohl Befürworter als auch Gegner auf die Frage der sozialen Dimension europäischer Politik bezogen. Dabei ging es weniger um Konzepte für ein soziales Europa als um die Frage, inwiefern der Verfassungsvertrag eine Verstärkung der sozialen Dimension europäischer Politik fördert oder behindert. Die Befürworter bezogen sich dabei vor allem auf die Festschreibung sozialer Grundrechte und die Berücksichtigung sozialer Anliegen. Die Gegner kritisierten dagegen die Verankerung der Prinzipien der offenen Marktkonkurrenz, die Priorität der Preisstabilität sowie die Klauseln, die die bisherige Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) festschreiben und einer politischen Regulierung ökonomischer und sozialer Prozesse enge Grenzen setzen.¹⁵ Insgesamt lässt sich in der Diskussion weder ein eindeutiges Bild bezüglich eines alternativen Wirtschafts- und Sozialmodells noch über die Organisation sozialpolitischer Kompetenzen im europäischen Mehrebenensystem ausmachen. Offen bleibt, ob die europäische Ebene den nationalen Wohlfahrtsstaat ergänzen oder ersetzen soll.

Die Tatsache, dass die politischen Eliten trotz paralleler ökonomischer und sozialer Herausforderungen in der Debatte unterschiedliche Schwerpunkte setzen, zeigt, dass diese weniger von den realen Handlungsanforderungen als von den in der politischen Kultur verankerten Konzepten geprägt sind: eines souveränen, die sozialen und ökonomischen Prozesse gestaltenden Staates in Frankreich, und eines liberalen Staats- und Wirtschaftsmodelles in Deutschland.

Die Außenperspektive

Bezüglich der Außenperspektive europäischer Politik stand die Frage nach den Grenzen Europas im Mittelpunkt des Interesses. Allein die Tatsache, dass die Notwendigkeit einer institutionellen Reform mit der Erweiterung begründet

¹² Vgl. ebd., wonach die Unzufriedenheit mit der aktuellen sozialen und ökonomischen Situation in Frankreich mit 52% und die Kritik am liberalen Charakter der Verfassung mit 40% an erster und zweiter Stelle der Motive der „Nein-Sager“ standen.

¹³ Vgl. Ipsos-Umfrage vom 29. Mai 2005, <http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/articles/1608.asp?rubId=19> (1. Juni 2005).

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. u.a. Attac, „Constitution“ européenne Ils se sont dit oui, Attac leur répond, Mille et Une Nuits, 2005, S. 49 ff.; Arnaud Lechevalier/Gilbert Wasserman, La Constitution européenne. Dix clés pour comprendre, La Découverte, Paris 2005, S. 81 ff.

wurde, hat hierzu beigetragen. Besonderes Gewicht erlangte die Erweiterungsfrage vor allem durch die parallel aufgebrochene Debatte über den EU-Beitritt der Türkei. Eine Verknüpfung war unvermeidlich, wenngleich sich die Befürworter des Verfassungsvertrages auf beiden Seiten bemühten, beide Auseinandersetzungen voneinander zu trennen. Der französische Staatspräsident Chirac hat eigens zu diesem Zweck ein Referendum über den EU-Beitritt der Türkei festgeschrieben. Im Unterschied zur Diskussion über die soziale Dimension europäischer Politik ist der Frage der Erweiterung und insbesondere dem Thema des EU-Beitritts der Türkei nur ein indirekter Einfluss auf das Votum für oder gegen den Verfassungsvertrag zuzuschreiben. So haben sich sowohl Befürworter als auch Gegner gegen einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen und generell zurückhaltend gegenüber weiteren Erweiterungsrounden der EU gezeigt.

Auch in der Diskussion über die Grenzen gilt es zwischen den Einstellungen der Bevölkerung und dem Diskurs der Eliten zu unterscheiden. Beiderseits des Rheines zeigt die Bevölkerung eine große Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei. Dabei ist die Kritik in Frankreich noch stärker ausgeprägt als in Deutschland.¹⁶ Die Zurückhaltung der Bevölkerung basiert sowohl links als auch rechts des Rheines in erster Linie auf den Sorgen vor den ökonomischen und sozialen Folgen weiterer Erweiterungsrounden. Die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei geht einher mit einer generell extrem kritischen Haltung gegenüber einer weiteren Erweiterung der EU. Gepaart ist diese Kritik mit der Sorge vor einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in EU-Länder mit geringeren Lohnkosten. Diese wird in Deutschland von 85% und in Frankreich von 86% der Befragten zum Ausdruck gebracht.¹⁷ Ebenso sind es in erster Linie Arbeitslose, Arbeiter, kleine Angestellte und Rentner, also jene Gruppen, die von der schwierigen wirtschaftlichen Lage am stärksten betroffen sind, die einer weiteren Erweiterung der Union mehrheitlich ablehnend gegenüber stehen.¹⁸ Bezeichnend ist außerdem, dass die Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei unmittelbar an vierter Stelle der Motive der französischen „Nein-Sager“ steht. Nur die Unzufriedenheit mit der sozialen und der ökonomischen Situation, die Kritik am liberalen Charakter des Verfassungsvertrages und die Überzeugung, dass die Verfassung neu verhandelt werden kann, waren von größerer Relevanz.

Das Votum der politischen Eliten für oder gegen einen EU-Beitritt der Türkei ist dagegen eine politische Entscheidung, die mittel- und langfristig neben eher kurzfristig wirkenden politisch-taktischen Kosten-Nutzenkalkülen vor allem von den Bildern über die zukünftige Gestalt und die Grenzen der EU be-

¹⁶ Vgl. zu den Details der Türkei-Debatte und den zugrunde liegenden Europabildern: Oppeln, Sabine von, Die Debatte über den EU-Beitritt der Türkei im deutsch-französischen Vergleich, in: Leviathan 2/September 2005.

¹⁷ Vgl. ebd..

¹⁸ Vgl. ebd. Für die deutsche Seite liegen leider keine Vergleichsdaten vor.

stimmt wird. Dabei lässt sich *erstens* feststellen, dass in unterschiedlichen Akzentuierungen in beiden Ländern das Bild einer politischen Union fest verankert ist. Dadurch wird der Vertiefung der Union ein hoher Stellenwert eingeräumt und einer Erweiterung eher mit Misstrauen begegnet. *Zweitens* dominieren in der Vielfalt der vertretenen Europabilder jene traditionellen, am Konzept der modernen Staatlichkeit orientierten Bilder, die im Kontext des begrenzten westeuropäischen Integrationsprozesses entwickelt wurden und generell eine kritische Haltung zur Erweiterung der Union begründen. Abgesehen von einem insbesondere in Deutschland auftretenden „post-modernen“ Europabild kann die überwiegend kritische Haltung gegenüber weiteren Erweiterungsrunden als Ergebnis des schwierigen Abschiedes von den lieb gewonnenen Leitbildern der westeuropäischen Integration interpretiert werden. *Drittens* ist auf eine zunehmende Verbreitung kulturalistisch bestimmter Argumentationen zu verweisen, die sich in der auch in Frankreich zu beobachtenden neuen Karriere des rückwärts gewandten Leitbildes eines „christlich-karolingischen“ Europa widerspiegelt. Generell zeigt die Verbreitung des *kulturalistischen Politikverständnisses* Identitätsverluste und diffuse Überfremdungsängste, die von den Globalisierungsprozessen ebenso begünstigt werden wie von der schwierigen ökonomischen und sozialen Lage beider Länder. Diese Ängste konnten von den Gegnern des Verfassungsvertrages instrumentalisiert werden. Zugespitzt wird das Vordringen eines *kulturalistischen Politikverständnisses* links des Rheines durch die Krise des republikanischen Politikmodells.¹⁹ Nicht zuletzt kann die Kritik an einem EU-Beitritt der Türkei als Ausdruck der Ungewissheit über die Zukunft des europäischen Projektes und als Versuch der Selbstvergewisserung mittels der Abgrenzung gegenüber Dritten interpretiert werden. So verwundert es nicht, dass die stärkere Zurückhaltung gegenüber einer Erweiterung der EU nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages in allen politischen Lagern zugenommen hat.

Einen geringeren Einfluss auf die Auseinandersetzung über den Verfassungsvertrag hatte die Frage nach der Rolle der EU als internationaler Akteur. Im Unterschied zu den vorher genannten Themenfeldern gibt es diesbezüglich sowohl in Frankreich als auch in Deutschland einen breiten Konsens in der Bevölkerung.²⁰ Diesem Konsens entsprechend spielte die Frage der EU als internationaler Akteur im Diskurs der Eliten nur eine untergeordnete Rolle. In Frankreich bezogen sich sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Verfassungsvertrages auf die notwendige Stärkung der EU als internationaler Akteur. Pate stand dabei das Konzept „*Europe puissance*“, das nicht zuletzt der Kompensa-

¹⁹ Vgl. Gilbert Ziebura, „Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: der Fall Frankreich“, in: Adolf Kimmel (Hrsg.), Gilbert Ziebura, Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik, Ausgewählte Aufsätze, Opladen 2003, S. 229ff.

²⁰ Vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report France, S. 35; und National Report Germany, S. 29.

tion des Einflussverlustes des französischen Nationalstaates dienen soll. Geprägt ist dieses Modell von einem realistischen Politikansatz. Politische Einflussnahme und militärische Stärke gelten als Grundlagen der Unabhängigkeit und des Einflusses der EU im Mächtetekonzert der neuen multipolaren Welt.²¹ Das Modell „*Europe puissance*“²² an sich stand nicht zur Disposition. Umstritten war allein, ob der Vertrag Grundlagen für eine Verbesserung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und insbesondere der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) enthält und ob die festgeschriebene Einbindung der europäischen Verteidigungskapazitäten in die Strukturen der NATO mit dem Ziel europäischer Unabhängigkeit zu vereinbaren ist.²³ Nur eine kleine Minderheit im linksextremen Lager kritisierte die aus ihrer Sicht machtpolitische Orientierung und eine zunehmende Militarisierung europäischer Politik.²⁴

Auf deutscher Seite lassen sich generell größere Differenzierungen bezüglich der Konzeptualisierung der internationalen Rolle der EU feststellen. Dies ist in erster Linie auf die historischen Erfahrungen zurückzuführen. Breiten Zuspruch findet in allen politischen Lagern das *Zivilmachtkonzept*, das von einem liberalen Politikansatz getragen wird. Im Mittelpunkt steht nicht die staatliche Macht, sondern eine Vielfalt von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, die über neue Formen des „guten Regierens“ in den Politikprozess einbezogen werden sollen. Die Präferenz liegt in der politischen Konfliktregulierung und der Verregelung der internationalen Zusammenarbeit. Das *Zivilmachtkonzept* trägt den neuen Herausforderungen einer internationalen Rolle der EU ebenso Rechnung wie der tief verankerten Sorge der Deutschen vor einer überzogenen Machtpolitik. Zugleich lassen sich aber insbesondere seit Ende der 1990er Jahre Anzeichen dafür finden, dass das französische Konzept „*Europe puissance*“ auch in Deutschland zunehmend Anklang findet.²⁵ Nicht zuletzt spiegeln sich die histo-

²¹ Vgl. Jacques Chirac, *La France dans un monde multipolaire*, in: *Politique Étrangère* 20 (1999) 4, S. 803-812, hier S. 804; Hubert Védrine, *Le monde au tournant du siècle*, in: ebd., S. 813-820.

²² Mit „*Europe puissance*“ wird in Frankreich das Bild einer politisch einflussreichen EU verbunden, die im multipolaren Machtsystem eine eigenständige Rolle spielt und ein Gegengewicht zu den USA darstellen kann.

²³ Vgl. u.a. Attac, „Constitution“ européenne (Anm. 15), S. 122ff; Arnaud Lechevalier/Gilbert Wasserman, *La Constitution européenne* (ebd.), S. 101ff.

²⁴ Vgl. Ligue Communiste Révolutionnaire, *Leur europe et la nôtre* par Roseline Vachetta et Alain Krivine, 3. November 2004, http://lcr18.lautre.net/breve.php3?id_breve=277 (17.4.2005).

²⁵ Vgl. u.a. die Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der französischen Nationalversammlung, in der er sich explizit den Begriff „*Europe puissance*“ zu eigen gemacht hat, <http://sicherheitspolitik.bundeswehr.de/1/16.php>; sowie Wolfgang Schäuble, *Die Europäische Union voranbringen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Januar 2005.

rischen Erfahrungen und die Traditionen der Friedensbewegung im Konzept Europas als „*pazifistische Macht*“ wider, das in Deutschland noch stärker als in Frankreich in linken (u.a. in der PDS) und außerparlamentarischen Kreisen vertreten wird. Die Anwendung militärischer Mittel wird grundsätzlich ausgeschlossen und der Verfassungsvertrag als Ausdruck einer überzogenen Machtpolitik europäischer Politik kritisiert. Abgesehen von dieser Minderheitenposition haben die Differenzierungen in den Konzepten zur internationalen Rolle der EU jedoch keinen Niederschlag in einem kontroversen Diskurs der Eliten gefunden. Im Unterschied zur französischen Debatte wurde der übergreifende Konsens über eine Stärkung der EU in ihrer Rolle als internationaler Akteur ausschließlich als ein den Verfassungsvertrag stützendes Argument genutzt.

Schlussfolgerungen

Im Mittelpunkt der Debatte über den Verfassungsvertrag standen die Fragen nach der Struktur und Funktionsweise der Union sowie nach den Zielsetzungen und Strategien europäischer Politik. Im Vergleich zur Auseinandersetzung über den Maastrichter Vertrag lässt sich feststellen, dass die Kritik an der europäischen Politik nicht mit einer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsprozess einhergeht. Zugleich spielten erneut und in zugespitzter Form Fragestellungen eine Rolle, die bereits vor mehr als zehn Jahren auf der Agenda europapolitischer Auseinandersetzungen standen. Offensichtlich wurden – trotz der schon mehrfach angekündigten großen Debatte – bisher keine zufriedenstellenden Politikansätze entwickelt. Dies gilt in besonderem Maße für die Gestaltung des Binnenraumes der Union. Im Mittelpunkt der Kritik standen das soziale und ökonomische Projekt sowie dessen demokratische Fundierung. Die Außenperspektive europäischer Politik, die seit Abschluss des Maastrichter Vertrages eine Priorität politischer Aktivitäten darstellte, spielte dagegen eine untergeordnete Rolle. Eine Ausnahme bildet der Streit über die Erweiterung der Union, der durch die Türkei-Debatte besondere Brisanz erhielt. Letztlich wurde aber auch diese Frage unter dem Blickwinkel der ungelösten inneren Problemlagen diskutiert. Die Sorge vor einer institutionellen Handlungsunfähigkeit und die Ängste vor einem weiteren Arbeitsplatzverlust sind wesentliche Bestimmungsfaktoren für die Zurückhaltung gegenüber weiteren Erweiterungen der Union. Unterstützend wirken dabei kulturalistisch geprägte Argumentationsmuster, die zunehmend auch in Frankreich Verbreitung finden.

Die mangelnde Problemlösungsfähigkeit und fehlende Responsivität der Eliten haben sich erneut in der aktuellen Debatte widerspiegelt. Der Vergleich des Bevölkerungsvotums mit den deutschen und französischen Elitendiskursen zeigt, dass die Sorgen der Bevölkerungen nur begrenzt aufgegriffen werden; es sei denn, diese können – wie im Fall der Auseinandersetzungen über den EU-Beitritt der Türkei – im Sinne anderer politischer Zielsetzungen und Positionen instrumen-

talisiert werden. Bemerkenswert ist überdies, dass die Kritik in der französischen Bevölkerung erst im Zuge der Referendumskampagne der französischen politischen Eliten gewachsen ist. Diese haben jedoch in dieser Auseinandersetzung die Ängste und Forderungen der Bevölkerung weitgehend für eine Europadebatte instrumentalisiert, die über den zur Abstimmung vorliegenden Text hinaus reichte. Letztlich waren diese Kampagnen jedoch nicht vom europapolitischen Gestaltungswillen, sondern von den Interessen und Spielregeln interner machtpolitischer Auseinandersetzungen geprägt. Hierauf verweist nicht zuletzt die Tatsache, dass der aufgeblähte Elan des europapolitischen Diskurses in Frankreich unmittelbar nach dem Referendum in sich zusammengefallen und dem tagespolitischen Kleinkampf der französischen „politique politicienne“ gewichen ist. Die Gefahr ist groß, dass auf diese Weise das europapolitische Vertrauenskapital, das trotz aller Kritik am Verfassungsvertrag in der französischen Bevölkerung gegeben ist, endgültig verspielt wird. Auf deutscher Seite fanden hingegen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zunächst kein Ventil, da es auf Seiten der Eliten an Bereitschaft zu einem europapolitischen Disput mangelte. Erst mit dem sich abzeichnenden Nein anderer Völker ist auch in Deutschland die Zahl der Kritiker sprunghaft angestiegen. Hierin lassen sich Spuren eines transnationalen Meinungsbildungsprozesses erkennen.

Schließlich zeigt der Diskurs der Eliten eine hohe Konfusion und eine geringe Vereinbarkeit der Europabilder, was Zweifel an der europapolitischen Gestaltungsfähigkeit des deutsch-französischen Tandems begründen kann. Die vertretenen Europabilder lassen sich weder nach Ländern noch nach Parteifamilien unterscheiden. Sowohl innerhalb der Länder als auch innerhalb der transnationalen Parteifamilien und insbesondere in Frankreich sogar innerhalb der Parteien lassen sich im Blick auf die europapolitischen Grundvorstellungen vielfache Spaltungen feststellen. Dies kann als Zeichen der Virulenz und des diffusen Charakters der europapolitischen Debatte gewertet werden, was auf eine gewisse Ratlosigkeit der Eliten deuten könnte. Trotz aller Verwirrung lässt sich jedoch in einigen Punkten nach wie vor die Prägekraft politisch-kultureller Muster feststellen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Spezifika des jeweils verankerten Staatsmodells.

So lehnen die französischen Eliten ein Europa ab, das die regulierende Funktion des Staates nicht erfüllen kann oder will. Demgegenüber sind für die deutschen Eliten soziale Prinzipien mit einem liberalen Politikmodell vereinbar. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass das soziale Europa im Mittelpunkt des Diskurses der französischen Eliten steht, während die deutschen Eliten vornehmlich die Demokratie in Europa thematisieren. Hierin spiegelt sich insbesondere die Sorge um den Bestand des föderalen Staatsaufbaus und den Kompetenzverlust der Gliedstaaten wider. Schließlich lässt sich allein in der deutschen Europadebatte ein post-modernes Europabild ausmachen, während sich die französischen Eliten nach wie vor an jenen Europabildern orientieren, die vom traditionellen

Konzept moderner Staatlichkeit geprägt sind. Hierin zeigt sich die zentrale Bedeutung des Souveränitätskonzeptes im französischen Verständnis der *Staats-Nation*, während im deutschen Kontext Staatlichkeit nicht unabdingbar an eine unteilbare nationale Souveränität gebunden ist.

Vor dem Hintergrund der deutschen und französischen Verfassungsdebatte erscheint das Kerneuropa-Konzept, das gerade nach dem Scheitern des Verfassungsgebungsprozesses erneut diskutiert wird, eher anachronistisch. Gerade in der Verfassungsdebatte ist deutlich geworden, dass die europapolitischen Konzepte der Deutschen und der Franzosen nicht nur in höchstem Maße konfus, sondern darüber hinaus auch im gesamteuropäischen Kontext als solche nicht tragfähig sind. Schon allein deshalb ist der im Kerneuropa-Konzept enthaltene deutsch-französische Führungsanspruch nicht mehr aufrecht zu erhalten. Vielmehr wäre eine Öffnung des deutsch-französischen Tandems gegenüber den europäischen Partnern für eine über den westeuropäischen Kontext hinaus reichende neue Debatte zur Gestaltung des neuen Europa erforderlich. In dieser Debatte darf es nicht allein um die bloße Formulierung von allgemeinen Zielsetzungen und um institutionelle Reformen gehen. Seit der Einrichtung des Binnenmarktes und der europäischen Währungsunion wurde das Misstrauen der Bevölkerungen gegenüber der Politik in Europa stetig genährt. Deshalb müssten Konzepte materieller Politikgestaltung zur Lösung jener Problemlagen entwickelt werden, die dazu beitragen können, dass das größer werdende Europa an inneren Widersprüchen zerbricht. Von großer Bedeutung ist dabei die Frage des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells. Schließlich kann diese Debatte nicht allein durch die europäischen Eliten gelenkt werden. Vielmehr müssen die zentralen Fragen europäischer Politikgestaltung im Rahmen eines durch intermediäre Institutionen zu vermittelnden transnationalen Meinungsbildungsprozesses geklärt werden. Im Kern geht es um eine Politisierung der Europadiskussion, für die Parteien und Verbände eine hohe Bringschuld haben!

Deutsche Eliten und Außenpolitik

- „Reif für die Weltpolitik?“ fragte H. Elsenhans in Heft 25 provokativ. Zehn Autoren aus Deutschland analysieren aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Fähigkeit der außenpolitische Elite dieses Landes, die internationalen Beziehungen mit zu gestalten. Kritisch werden auch Rekrutierung und Ausbildung betrachtet.

Themenheft 28 – Bestellungen unter

www.welttrends.de